



AFRIKA/DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO - Ausweisung der Kongolesen durch Behörden in Brazzaville: Regierungen der beiden Länder bilden Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverstößen

Kinshasa (Fides) – Die Demokratische Republik Kongo und die Republik Kongo bilden einen gemeinsamen Ausschuss, der untersuchen soll, ob es bei der Ausweisung von Bürgern der Demokratischen Republik Kongo aus Brazzaville zu Menschenrechtsverstößen gekommen war. Dies beschlossen die beiden Staaten am Ende einer Sitzung in Kinshasa zur Lösung der strittigen Fragen im Zusammenhang mit der Operation “Mbata ya bakolo”, in deren Rahmen über 130.000 Bürger der Demokratischen Republik Kongo von den Behörden in Brazzaville ausgewiesen worden waren.

Brazzaville rechtfertigt die Operation mit der wachsenden Kriminalität. Kinshasa beklagt, dass man nicht zu Beratungen hinzugezogen worden sei, wodurch humanitäre Probleme und Probleme der öffentlichen Sicherheit entlang des Flusses Kongo entstanden seien, der die beiden Hauptstädte von einander trennt. Zahlreiche Ausgewiesene beklagen Menschenrechtsverstöße, Gewalt, Diebstähle und Erniedrigungen durch Sicherheitsbeamte und Bürger in Brazzaville.

Unterdessen vermutet die Presse in Kinshasa, dass unter den Ausgewiesenen auch ruandische Hutu-Milizionäre und ehemalige Soldaten des damaligen Zaire gewesen sein könnten, die in den Reihen der Milizen unter Pascal Lissouba gegen den Präsidenten der Republik Kongo, Denis Sassou Nguesso, kämpften. Durch Ausweisung dieser Kämpfer aus Brazzaville habe man dort zwar mögliche Gefahren gebannt, jedoch zur Verschlechterung der Sicherheitslage in Kinshasa beigetragen. (L.M.) (Agenzia Fides 4/6/2014)